

## Neues Bündnis protestiert gegen Streichliste

**HARBURG ::** Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Sozialverband und Freie Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit machen Front gegen die Sparpläne des Hamburger Senats. In einem „Bündnis gegen Rotstift“ wollen sie sich gemeinsam hamburgweit gegen die Streichliste in der offenen Kinder- und Jugendarbeit wehren. Wie mehrfach berichtet, plant der Senat Einsparungen in Höhe von rund 3,5 Millionen Euro. Diese Einsparungen sollen bereits im Januar umgesetzt werden.

Im Bezirk Harburg sollen 211 000 Euro eingespart werden. Einige Projekte müssten ganz gestrichen werden. Der Jugendhilfeausschuss der Bezirksversammlung Harburg hat dem Sparpaket bereits eine Absage erteilt, gegen die Stimmen der SPD. In einem gemeinsamen Brief an die Fraktionsvorsitzenden der SPD in den sieben Hamburger Bezirken fordern sie die Politik auf, „die beschlossenen Einschränkungen“ zurückzunehmen.

„Einrichtungen wie Bauspielplätze, Häuser der Jugend, Mädchentreffs und Jugendzentren stehen vor einer ungewissen Zukunft und müssen gegebenenfalls ihr Angebot abbauen oder einschränken“, heißt es in dem Schreiben an die Fraktionschefs der SPD. Die Sozialbehörde habe, so weiter, genügend finanzielle Spielräume, um die geplanten Streichungen zurückzunehmen. Die Frage sei, wo die Kinder und Jugendlichen nach der Schule hingehen könnten, „wenn offene Angebote schließen oder ihre Öffnungszeiten begrenzen müssen“.

Das „Bündnis gegen Rotstift“ fordert von der SPD in den Bezirken eine „öffentliche Auseinandersetzung um eine gute Sozialpolitik“. (raw)